Sozialdemokratische
Gewerkschafter:innen
in der Arbeiterkammer Wien

Antrag Nr. 9

der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen
an die 186. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 3. November 2026

Kreislaufwirtschaft als Zukunftschance – Österreich und Europa unabhängiger machen

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass Ressourcenabhängigkeit unmittelbare Auswirkungen auf Beschäftigte, Wohlstand und Versorgungssicherheit hat. Besonders deutlich zeigt sich diese Verwundbarkeit bei kritischen Rohstoffen. Als kritisch gelten Rohstoffe besonders dann, wenn sie eine hohe wirtschaftliche Bedeutung haben, schwer zu ersetzen sind und ihre Lieferung von wenigen Staaten abhängt. Ihre Förderung und Verarbeitung sind weltweit auf wenige Länder konzentriert, während ihre Bedeutung durch die Energie- und Mobilitätswende weiter zunimmt. Österreich ist als Industrienation davon besonders betroffen. Rund die Hälfte der österreichischen Exporte hängt an Produkten, für deren Herstellung kritische Rohstoffe benötigt werden. Die Europäische Union erwartet, dass sich die Nachfrage nach Seltenen Erden zwischen 2020 und 2030 versechsfachen wird. Bei Lithium wird im selben Zeitraum mit einer Verzwölffachung und bis 2050 sogar mit einer Verzwanzigfachung der Nachfrage gerechnet. Diese Abhängigkeiten gefährden die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit Österreichs und Europas und zeigen: Wir müssen unabhängiger werden. Eine zentrale Antwort darauf ist, den Bedarf an Primärrohstoffen zu reduzieren und Materialien möglichst lange im Kreislauf zu halten. Die Kreislaufwirtschaft reduziert diesen Bedarf und erhöht damit die Resilienz der österreichischen Wirtschaft. Gleichzeitig eröffnet sie für Österreich neue Chancen, um seine industriellen Potentiale zu halten, zukunftsfähig auszurichten und Beschäftigung zu schaffen

Österreich verfügt dafür über gute Voraussetzungen. Die Kreislaufwirtschaft erwirtschaftet mit einem Umsatz von 4,1 Milliarden Euro mehr als die heimische Stahlindustrie, und mehr als 30.000 Menschen arbeiten in der Abfall- und Ressourcenwirtschaft. Auch im Bereich Forschung und Innovation verfügt Österreich über eine starke Ausgangsposition: Im Eco-Innovation Index der EU-Kommission, der die Innovationsleistung von Ländern im Umwelt- und Ressourcenbereich vergleicht, ist Österreich EU-weit Vorreiter und erzielte im Jahr 2023 mit rund 57.800 Beschäftigten einen Umsatz von 21,42 Mrd. Euro. Rund 14 Prozent aller Patentanmeldungen entfallen zudem auf umweltbezogene Technologien, womit Österreich den dritten Platz hinter Dänemark und Deutschland einnimmt und deutlich über dem OECD-Durchschnitt liegt. Besonders im Bereich Wiederverwendung, Recycling und Rückgewinnung weist Österreich eine hohe technologische Spezialisierung auf. So zählen österreichische Unternehmen etwa bei Kunststoffrecyclingmaschinen, sensorbasierter Sortiertechnik und mobilen Brech- und Siebanlagen zur Weltspitze. Besondere Beschäftigungspotenziale liegen zudem in Bereichen wie Wiederverwendung, Reparatur, Wiederaufbereitung und Recycling, aber auch bei produktnahen Dienstleistungen. Im Bereich der Wiederverwendung schätzt RREUSE, ein Netzwerk sozialer Unternehmen in der Kreislaufwirtschaft, dass pro 1.000 Tonnen für die Wiederverwendung gesammeltes Material durchschnittlich rund 70 Arbeitsplätze entstehen können. Aber auch in ressourcenintensiven Branchen wie Bau und Metall ist bei einer aktiven Industrie- und Regulierungspolitik zusätzliche Beschäftigung möglich.

Recycling kann einen wichtigen Beitrag zur Verringerung von Rohstoffabhängigkeiten leisten. Allerdings reichen die verfügbaren Recyclingmengen nicht aus, um den stetig steigenden Ressourcenbedarf zu decken. Allein in den letzten 50 Jahren hat sich der globale Ressourcenverbrauch verdreifacht. Dies geht mit

erheblichen Umweltwirkungen einher und trägt dazu bei, dass bereits sieben der neun planetaren Grenzen überschritten wurden. Die entscheidende Herausforderung liegt daher nicht nur darin, Materialien besser zurückzugewinnen, sondern Produktion und Nutzung insgesamt so zu gestalten, dass sie innerhalb planetarer Grenzen bleibt und gute Arbeits- und Lebensbedingungen für die Vielen schafft. Genau hier setzt die Kreislaufwirtschaft an: Sie zielt darauf ab, den Ressourceneinsatz zu reduzieren, Produkte langlebiger, reparierbarer und wiederverwendbarer zu machen und erst im letzten Schritt Ressourcen durch Recycling möglichst lange im Kreislauf zu halten. Dabei soll auch die Kaskadennutzung gestärkt werden: Materialien sollen möglichst lange und für möglichst hochwertige Zwecke genutzt werden, bevor sie recycelt werden. So bleiben Ressourcen länger im Einsatz und der Bedarf an Primärrohstoffen sinkt. Gerade darin liegt ihr industriepolitischer Mehrwert. Jeder vermiedene Einsatz eines Primärrohstoffs reduziert Importabhängigkeiten und macht die Wirtschaft widerstandsfähiger gegenüber geopolitischen Krisen. Eine Wirtschaftsweise, die dauerhaft einen steigenden Ressourcenverbrauch nach sich zieht, schafft hingegen ökologische und ökonomische Risiken für die Selbstbestimmung und Handlungsfähigkeit unserer Mitglieder.

Um die Lebens- und Wirtschaftsgrundlagen unserer Mitglieder zu sichern, fordert die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien die Bundesregierung auf folgende Schritte zur raschen Umsetzung einer sozial gerechten Kreislaufwirtschaft zu setzen:

- **Aktive und planende Wirtschafts- und Industriepolitik**. Österreich soll sich aufgrund seiner starken Ausgangslage als führender Standort für Kreislaufwirtschaft positionieren und die damit verbundene Chancen für Versorgungssicherheit und Beschäftigung im europäischen Verbund gezielt nutzen. Dazu braucht es jedoch öffentliche Investitionen, eine strategische öffentliche Beschaffung sowie geeignete regulatorische Rahmenbedingungen, um Leitmärkte für kreislauffähige Produkte, Verfahren und Dienstleistungen zu entwickeln. Die konkreten Instrumente müssen dabei an die jeweiligen Branchen, die Struktur der jeweiligen Wertschöpfungsnetzwerke und die unterschiedlichen Anknüpfungspunkte im Lebenszyklus von Produkten angepasst werden. Eine aktive Wirtschaftspolitik soll strategische Recycling-, Wiederaufbereitungs- und Reparaturkapazitäten in Österreich auf- und ausbauen und damit eine aktive Positionierung Österreichs in neu entstehenden europäischen Wertschöpfungsnetzwerken ermöglichen. Dabei gilt es, frühzeitig jene Bereiche zu identifizieren, in denen Österreich über besondere industrielle Kompetenzen verfügt und sich dauerhaft in europäische Kreislaufwirtschaftsstrukturen einbringen kann. Zu bedenken ist außerdem, dass Kreislaufwirtschaft die Resilienz unserer Mitglieder nur dann stärkt, wenn die entsprechenden industriellen Prozesse auch tatsächlich in Europa stattfinden und gewerkschaftlicher Mitbestimmung unterliegen.

- **Den absoluten Verbrauch von Primärrohstoffen senken.** Versorgungssicherheit entsteht langfristig nicht durch immer neue Bezugsquellen, sondern durch einen geringeren Bedarf an kritischen Rohstoffen. Maßnahmen zur Produktlanglebigkeit, Wiederverwendung und Reparatur müssen daher stärker in den Mittelpunkt gerückt werden. Die Bundesregierung soll einen verbindlichen Rahmen zur Umsetzung der Ressourcenreduktionsziele gemäß der österreichischen Kreislaufwirtschaftsstrategie schaffen und die Entwicklung geeigneter Indikatoren vorantreiben, die ökologische und soziale Fortschritte sichtbar machen. Die Bundesregierung soll zudem die Kaskadennutzung weiter stärken, damit Materialien möglichst lange und hochwertig genutzt werden, bevor sie dem Recycling zugeführt werden.

- **Gute Arbeit und Mitbestimmung im Umbau sichern.** Kreislaufwirtschaft muss gute Arbeit schaffen. Die Bundesregierung soll sicherstellen, dass entlang der gesamten Wertschöpfungskette faire und sichere Arbeitsbedingungen gelten. Beschäftigte und ihre Interessenvertretungen müssen frühzeitig

in Transformationsprozesse, Strategien und Förderprogramme eingebunden werden. Gleichzeitig braucht es eine Qualifizierungsoffensive, um Beschäftigte auf neue Tätigkeitsfelder und Anforderungen vorzubereiten.

- **Kreislaufwirtschaft als Beitrag zu einem leistbaren Alltag gestalten.** Reparatur, Wiederverwendung und gemeinschaftliche Nutzung sollen für alle Menschen zugänglich und leistbar werden. Dafür braucht es geeignete Förderinstrumente sowie öffentliche und gemeinwohlorientierte Infrastrukturen. Wo Leistungen der Kreislaufwirtschaft zentrale gesellschaftliche Funktionen erfüllen, sollen sie als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge verstanden und entsprechend organisiert werden. Darüber hinaus muss die Daseinsvorsorge sozial und ökologisch ausgebaut werden. Vom öffentlichen Verkehr bis zum sozialen Wohnbau kann sie entsprechend gestaltet einen entscheidenden Beitrag zu Senkung des Ressourcenverbrauchs leisten.

Angenommen ☒	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrheitlich ☒